

Statement

von

**Uwe Klemens**

Ehrenamtlicher Verbandsvorsitzender des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek)

anlässlich

der Neujahrs–Pressekonferenz

**Ersatzkassen zur Gesundheitspolitik im Jahr 2022  
Markt– und Finanzsituation in der GKV und SPV**

am 20. Januar 2022

im Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz,  
Schiffbauerdamm 40/Ecke Reinhardtstraße 55,  
10117 Berlin

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Meine Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen ein gutes und vor allem gesundes Jahr 2022.

Die Corona-Pandemie ist noch immer nicht vorbei, so dass wir unsere Neujahrs-Pressekonferenz heute erneut online durchführen. Ich gebe Ihnen zunächst einen Überblick über die Markt- und Finanzsituation in der GKV und gehe dann auf die Situation in der Pflege ein. Auch die Reformansätze der neuen Ampelkoalition werde ich kurz bewerten.

### **Zunächst zur Marktsituation und Beitragssatzsituation der Ersatzkassen und der GKV**

Die Ersatzkassen sind attraktiv. Wir als Ersatzkassengemeinschaft konnten unsere Mitglieder- und Versichertenzahlen stabil halten bzw. leicht ausbauen. Nach den jüngsten Zahlen vom Dezember 2021 liegt das Plus bei den Mitgliedern bei 63.779 gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt sind 28,21 Millionen Menschen bei den Ersatzkassen versichert. Unser Marktanteil beläuft sich auf 38,4 Prozent. Wir sind damit weiterhin die Nr. 1 unter den gesetzlichen Krankenkassen.

Von unseren sechs Ersatzkassen haben fünf ihren Beitragssatz 2022 stabil gehalten. Nur eine Kasse (die hkk) hat ihren Zusatzbeitragssatz leicht erhöht, liegt aber weiterhin deutlich unter dem durchschnittlichen Zusatzbeitragssatz. In der gesamten GKV haben von insgesamt 96 gesetzlichen Krankenkassen 19 ihren Zusatzbeitragssatz angehoben. Von den Erhöhungen betroffen sind 16,8 Millionen Mitglieder, also 29,4 Prozent aller GKV-Mitglieder. Heißt auch: Für 70 Prozent der GKV-Mitglieder bleibt der Beitragssatz stabil. Darunter das Gros der Ersatzkassenmitglieder. Ersatzkassenmitglieder sind von Beitragssatzsteigerungen deutlich weniger betroffen als Versicherte anderer Krankenkassenarten. Die Spanne der Zusatzbeitragssätze liegt für rund 90 Prozent der Mitglieder nun zwischen 1,1 und 1,6 Prozent.

Die Beitragssatzentwicklung ist durch die Reform des Finanzausgleichs Morbi-RSA gekennzeichnet. Die Reform beginnt zu wirken. Ab 2021 in Kraft getreten, führt sie nun dazu, dass die Zuweisungen, die die Krankenkassen aus dem Gesundheitsfonds erhalten, gerechter verteilt werden. Der Wettbewerb ist fairer geworden.

### **Zur Finanzsituation der GKV**

Zunächst die positive Botschaft: Mit dem ergänzten einmaligen Steuerzuschuss für 2022 sind die Finanzen der GKV stabilisiert worden.

Doch wie sieht es mit Blick auf 2023 aus?

Die Pandemie bleibt eine Blackbox, was Einnahmen- und Ausgabenentwicklung bzw. die Inanspruchnahme von Leistungen anbelangt. Hier werden wir wie bisher ein ständiges Auf und Ab erleben. Hinzu kommen teure Reformen der vergangenen Jahre: Also hohe Vergütungsanpassungen für Heilmittelerbringer, mehr Geld für Ärzte für Terminvermittlung, mehr Geld für die Pflegekräfte, was die Ausgaben weiter in die Höhe treibt. Nach unserer Schätzung steigen die Ausgaben der GKV in 2023 um 3,4 Prozent, das sind etwa 10 Milliarden Euro.

Daher müssen jetzt rasch weitere Maßnahmen für eine stabile Finanzierung der GKV ergriffen werden. Sonst laufen wir erneut Gefahr, dass sich die Zusatzbeitragssätze in 2023 nahezu verdoppeln – aus heutiger Sicht auf 2,4 Prozent.

### **Was bringt der neue Koalitionsvertrag in Sachen Finanzierung?**

Die Bundesregierung hat Maßnahmen zur nachhaltigen Finanzierung im Koalitionsvertrag beschrieben, die wir unterstützen, die aber dringend konkretisiert und ausgebaut werden müssen:

- Ein dauerhafter dynamisierter Steuerzuschuss zum Gesundheitsfonds zur Kompensation pandemiebedingter Mehrausgaben. Gut, aber in welcher Höhe?
- Ein erhöhter Beitragssatz für ALG-II-Empfänger! Gut, aber wie hoch? Aus unserer Sicht wäre ein kostendeckender Beitragssatz besser. Laut IGES-Institut geht es um eine Deckungslücke von rund 10 Milliarden Euro!
- Die notwendige Verlängerung des Preismoratoriums bei Arzneimitteln UND eine ab dem 7. Monat rückwirkende Geltung des mit dem GKV-Spitzenverband verhandelten Preises für neue Arzneimittel. Ein guter Einstieg, um Mondpreise zu unterbinden, besser wäre aber eine Rückwirkung ab dem 1. Tag der Zulassung.
- Durchringen sollte sich die Ampelkoalition dazu, den Mehrwertsteuersatz für Gesundheitsleistungen der GKV generell auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent abzusenken. Das würde die GKV um geschätzt 6 bis 7 Milliarden Euro entlasten.
- Und schließlich: Die Themen Ausgabendynamik, Kosteneffizienz und Qualität der Versorgung dürfen nicht außen vor bleiben. Beitragsgelder, die wir in die Versorgung und Vergütung von Leistungserbringern investieren, müssen auch bei den Versicherten ankommen und die Versorgung verbessern!

Angesichts der angespannten Finanzlage appelliere ich eindringlich an die Politik, entsprechende Gesetze mit oberster Priorität umzusetzen.

Meine Damen und Herren,

ich komme **zur Pflege**. Mehr als 4,5 Millionen Menschen werden derzeit in Deutschland ambulant oder stationär gepflegt, 300.000 mehr als im Vorjahr. Im Jahr 2030 werden Prognosen zufolge rund 6 Millionen Menschen Leistungen der Pflegeversicherung benötigen.

Derzeit liegt die gesamte finanzielle Belastung der Pflegbedürftigen in Pflegeheimen bundesweit bei durchschnittlich 2.179 Euro. Davon entfallen 466 Euro auf Investitionskosten, 801 Euro auf Unterkunft und Verpflegung und 912 Euro auf die pflegebedingten Eigenanteile. Seit Anfang des Jahres übernehmen die Pflegekassen nun, je nach Verweildauer in der Pflegeeinrichtung, zwischen 5 und 70 Prozent der pflegebedingten Eigenanteile. Diese Entlastung ist jedoch nicht ausreichend finanziert! Die Maßnahmen der Pflegereform in der letzten Legislaturperiode waren nicht weitgehend genug.

Allein um diesen Status quo zu erhalten, fehlen nach unseren Berechnungen Ende des Jahres mindestens 2 Milliarden Euro, wenn man bereits den neuen Steuerzuschuss in Höhe von 1 Milliarden Euro miteinbezieht. Allein die bereits beschriebene Entlastung bei den Eigenanteilen in der stationären Pflege kostet also rund 3 Milliarden Euro im Jahr. Hinzu kommt die weiter steigende Zahl der Leistungsbezieher.

Zusätzlich ist immer zu bedenken: Steigende Löhne und bessere Personalausstattung sind richtig und wichtig, sie zehren aber die Entlastung bei den pflegebedingten Eigenanteilen wieder auf. Eine Studie der Universität Bremen kommt zu dem Ergebnis, dass die Entlastungen bereits ab 2023 durch Kostensteigerungen wieder neutralisiert sein könnten. Wir müssen daher in den kommenden Monaten die Effekte genau analysieren. Derzeit sind rund 10 Prozent der Pflegebedürftigen von Leistungen der Sozialhilfe, genauer der „Hilfe zur Pflege“, abhängig. Das sind zu viele! Durch die prognostizierten Kostensteigerungen könnte sich die Anzahl sogar noch erhöhen. Insgesamt braucht es spürbare Entlastungen für die Pflegebedürftigen.

### **Wie ist die Ausgangslage in 2022?**

Die Ampelkoalition plant weitere Reformen in der Pflege. Das ist absolut richtig, denn die Herausforderungen sind groß. Dies bezieht sich unseres Erachtens vor

allem auch auf die Frage der Finanzierung! Eine solide und nachhaltige Finanzierung der Pflege – und zwar paritätisch ausgestaltet! – muss vor diesem Hintergrund ganz oben im Pflichtenheft der neuen Bundesregierung stehen. Und hier ist Eile geboten!

Um die Finanzen der Pflegeversicherung zu stabilisieren, erhalten die Pflegekassen seit dem 1. Januar 2022 erstmalig einen jährlichen Bundeszuschuss in Höhe von 1 Milliarde Euro. Für Kinderlose wurde der bisher schon höhere Beitragssatz der Pflegeversicherung um 0,1 Prozent angehoben auf 3,4 Prozent. Für alle anderen ist der Beitragssatz bei 3,05 Prozent stabil geblieben.

### **Was bringt der neue Koalitionsvertrag?**

Die neue Bundesregierung hat die Problemlagen in der Pflege richtig benannt und greift einige Reformvorschläge der Ersatzkassen auf. Ich möchte drei nennen:

- Die Entwicklung der Eigenanteile soll weiter beobachtet und ggf. weitere Maßnahmen zur Begrenzung vorgesehen werden – das ist zwingend nötig!
- Das Pflegegeld soll bereits ab 2022 regelhaft dynamisiert werden. Das ist gut, da es vor allem Pflegebedürftige entlastet, die die Pflege selbst oder zuhause organisieren.
- Die Pflegebedürftigen sollen von den Ausbildungskosten entlastet werden. Es geht um 1 Milliarde Euro. Aber wir sehen hier ganz klar den Staat in der Verantwortung, denn Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die Ampel-Koalition benennt auch Maßnahmen zur nachhaltigen Finanzierung. Aber sie gehen unserer Meinung nach nicht weit genug:

Leistungen, die nicht die pflegerische Versorgung betreffen, wie zum Beispiel Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige, sollen aus Steuermitteln finanziert werden. Das bringt in etwa eine Entlastung von bis zu 3 Milliarden Euro. Sehr gut!

Die Beitragssätze sollen „moderat“ angehoben werden. Doch was genau heißt das? Die Beitragszahler allein können die steigenden Finanzlasten der Pflege nicht tragen, wir müssen sie auf mehreren Schultern verteilen! Wir als Ersatzkassen sagen:

1. Wir brauchen einen dauerhaften Steuerzuschuss durch den Staat, denn die Absicherung des Pflegerisikos ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
2. Die Bundesländer sollten endlich die Investitionskosten der Pflegeeinrichtungen verbindlich übernehmen. Aktuell müssen die

Pflegebedürftigen die Kosten dafür tragen, bundesdurchschnittlich 466 Euro im Monat.

3. Die private Pflegeversicherung muss endlich am gemeinsamen Finanzausgleich beteiligt werden. Dieser könnte die SPV um bis zu 2 Milliarden Euro jährlich entlasten.
4. Problematisch dagegen ist, dass die Behandlungspflege aus der Pflegeversicherung in die GKV verschoben werden soll. Damit löst man kein Finanzierungsproblem, sondern verlagert es nur und verschärft die Finanzsituation der GKV.

Zum Schluss noch ein persönliches Wort: Reformen sollten innerhalb des Systems der Sozialen Pflegeversicherung erfolgen, nicht im Bereich der privaten Zusatzversicherungen. Eine Privatisierung des Risikos Pflege darf es nicht geben. Gerade die sozialen Sicherungssysteme haben sich in der Pandemie bewährt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!